

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Wirft auf die Unorganisierten ein, damit sie Mitglieder unseres Zentralverbandes werden!

Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs

haben heute eine Höhe erreicht, die Schwindel erregt. Ganz allmählich sind sie auf das Doppelte, das Dreifache, Vier- und Fünffache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Halten zu geben. Erschreckend hoch ist der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. Die Kartoffel soll uns für die kommende Wirtschaftsperiode über Wasser halten. Es scheint aber, daß das an den Preisen scheitern wird. M. 10 pro Zentner wird der Herbst- und Winterpreis sein. Zu dem Erzeugerpreis von M. 5 beziehungsweise M. 6 für den Zentner treten im Gegensatz zu dem Vorjahre allerlei Prämien für die schnelle Lieferung, für die Anfuhr. Da der Handel mit Saatkartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Prophetengabe kann man jetzt schon vorhersehen, daß zum Frühjahr hin der Preis eine weitere Aufwärtsbewegung machen wird. Ja, es taucht die bange Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte. Wie der Kartoffelpreis, befinden sich alle andern Preise in der Aufwärtsbewegung, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachfolgen. Die Eier haben erst eben einen gehörigen Ruck nach oben getan. Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Immer höher sind diese Preise geklettert. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Obstfortierung kehrt sich kein Mensch. Für den festgesetzten Preis der ersten Sorte von 65 S erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemisch angeboten. Noch toller ist es auf dem Gemüsemarkt. Die Preise balancieren auf schwindelnden Firnen. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu zahlen, der ihm abverlangt wird. An Höchstpreise kehrt sich niemand. Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Voltigieren im Bekleidungsgebiete einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird ein höherer Preisstand erklettert. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen andern Geschäftszweigen ganz zu schweigen. Die Lasttiere dieser Wucherwirtschaft sind die Verbraucher, die nicht ein noch aus wissen. Die Arbeitslöhne reichen nicht hin und nicht her. Insbesondere reichen die Löhne der hausgewerblichen Arbeiter nicht aus, die Tagesnotdurft zu decken. Das organisierte Unternehmertum hintertreibt und unterdrückt alle Möglichkeiten, die Löhne den Arbeitsmarktverhältnissen entsprechend zu erhöhen, und es lehnt jede Verhandlung um kollektive Lohnerhöhung brüsk ab. Wo will das hinaus?

Schwäche in Permanenz.

Der vorige Artikel schloß mit dem Hinweis, daß schwere Zusammenstöße nicht ausbleiben könnten, wenn die Regierung sich nicht in allen ihren Teilen in die neue Zeit füge, deren Dasein sie anerkannt habe. Sehr schnell ist diese Voraussage zur Wirklichkeit geworden. Heute stehen wir vor einer innerpolitischen Lage, die nur durch das Wort unmöglich gekennzeichnet werden kann. Unmöglich wäre die Lage wenigstens in einem parlamentarisch regierten Lande. Daß sie in Deutschland möglich ist, zur aufrichtigen und berechtigten Freude des gesamten feindlichen Auslandes, gereicht uns weder zum Ruhme noch zum Vorteil.

Der nationalliberale Straßburger Professor Dr. v. Calker, Abgeordneter eines pfälzischen Reichstagswahlkreises, äußerte, als vor dem Kriege die Zaberner Affären die Stimmung erregten, über die Ungeschicklichkeit der Regierung die Worte: „Es ist zum Heulen!“ Was sich in den letzten acht Tagen von den Sätzen der Reichsregierung aus im Reichstagssaale an Ungeschick, Unfähigkeit, grundfalscher Einschätzung der Wirkungen und Einsichtslosigkeit der Welt gezeigt hat, wird durch das Wort Calkers nur mild

getroffen. Und es dient den Steuermännern am Reichsschiff nicht einmal als Entschuldigung, daß sie von einer plötzlich hereingebrochenen, nicht vorauszu sehenden Flut überrascht worden seien; sie haben vielmehr den schlimmsten Teil der Katastrophe absichtlich herbeigeführt und sich von ihm eine Besserung ihrer kritischen Lage versprochen, ein Rechenfehler, der seine Urheber bis auf die Knochen blamieren müßte.

Die Dinge hatten sich ganz folgerichtig entwickelt. Am Sonnabend, den 6. Oktober, hatten Dr. Helfferich und der Kriegsminister v. Stein bei Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über Förderung der alldeutschen Agitation gegen den Verständigungsfrieden durch obere Kommandostellen im Heere so ungeschickt operiert, daß ihre formale Verurteilung jener Agitation wie eine stillschweigende Billigung klang. Das wollte sich der Reichstag nicht bieten lassen. Die Mehrheit der Fraktionen einigte sich dahin, daß der Nachtragsetat, der das Gehalt für Helfferich mitenthielt, an den Ausschuß zurückverwiesen werde und seine Ablehnung erfolgen solle, falls der Kanzler nicht eine ihm vorgeschriebene Erklärung abgebe. Die Rückverweisung an den Ausschuß wurde beschlossen, und Dr. Michaelis gab die Erklärung ab, daß keine behördliche Unterstützung der alldeutschen Agitation, die sich in den Mantel der Vaterlandspartei gehüllt hatte, geduldet werden solle. Obwohl der Kanzler den zweiten Teil der vereinbarten Erklärung, nämlich das Ausdrücken des Bedauerns über die vorgekommenen militärischen und zivilbehördlichen Uebergriffe nicht anerkannte, fühlten sich Zentrum, Fortschrittlicher und Nationalliberale befriedigt und stimmten nun dem Nachtragsetat zu, so daß die Stelle des Vizekanzlers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt wurde. Der listerische Helfferich hatte für sich und den Kriegsminister den Sturm gebannt. Die Regierung schien ihr Spiel gewonnen zu haben. In diesem Bewußtsein holte sie am Dienstag, den 9. Oktober, zu einem Gegenschlage aus. Die Rede Dittmanns über das parteiische Verhalten der Militär- und Marinebehörden gegenüber den verschiedenen politischen Parteien rief den Marineminister Capelle auf den Plan, und er erhob gegen Dittmann, Haase und Vogtherr die Beschuldigung, sie hätten hochverräterische Umtriebe unter den Marinemannschaften unterstützt. Die Folge sei gewesen, daß härteste Bestrafungen ausgesprochen worden seien. Man erfuhr, daß die beiden Marineoffiziere, die direkt mit den drei Abgeordneten in Verbindung getreten waren und — wie die Regierung behauptete — einen Aufruhr von Marinetruppen organisiert hatten, kriegsrechtlich erschossen worden seien. Im Anschluß an die Ausführungen Capelles erklärte dann Michaelis, daß sich die Unabhängige Sozialdemokratie durch ihr Verhalten außerhalb der Linie gestellt habe, die für die politische Gleichbehandlung mit den andern Parteien zu ziehen sei.

Nicht alle, aber doch ein nennenswerter Teil der Abgeordneten hatte den Sachverhalt bereits gekannt. Im Siebenerausschuß war davon gesprochen worden. Dort war auch der Reichsanwalt mit zur Beratung hinzugezogen worden, und er hatte erklärt, was gegen die drei Abgeordneten beweiskräftig vorliege, genüge nicht zur Erhebung einer Anklage gegen sie. Angesichts dieser Tatsache wirkten die Darlegungen Capelles, mehr noch die des Kanzlers wie Bomben, freilich in ganz anderm Sinne, als Michaelis und Capelle es gedacht hatten. Der Vorstoß war so plump, das Ziel des Manövers so durchsichtig, daß mit Ausnahme der Konservativen alle Parteien, selbst die Nationalliberalen, entschiedene Worte der Ablehnung fanden. Die Unabhängigen, denen ein Stoß in die Magengrube hatte versetzt werden sollen, sahen sich von Leuten verteidigt, die sonst ihre scharfen Gegner sind. Die Angreifer waren zunächst offenbar erstaunt, als sie bemerkten, was sie angerichtet hatten. Beide nahmen wiederholt das Wort und suchten

zu besänftigen. Das gelang ihnen nicht. Abgesehen von den rechtsstehenden Organen fanden alle Blätter, daß eine solche Häufung von Ungeschick und Kurzsichtigkeit nicht bei Männern angetroffen werden darf, in deren Hände das schwierige Werk des Friedensschlusses und der Lösung zahlreicher verwickelter innerpolitischer Probleme gelegt werden muß.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das gegnerische Ausland über die Vorkommnisse laut aufjubelt. Scheinen doch die Szenen, die sich in der letzten Woche im Reichstage und hinter seinen Kulissen abgespielt haben, zu bestätigen, daß eine solche Regierung nicht die Garantien bietet, mit denen ein abzuschließender Frieden verankert sein muß, wenn er dauernd sein soll. Es ist nicht zu stark aufgetragen, wenn man sagt, der Kanzler und Capelle hätten der Sache des baldigen Friedens schwerere Steine in den Weg gerollt, als es die wüste alldeutsche Agitation vermocht hat. Und doch: Ein guter Teil an Mitschuld entfällt auf die bürgerlichen Parteien. Hätten sie am 8. Oktober nicht so billig ihren Frieden mit der Regierung geschlossen, wären sie vielmehr dem sozialdemokratischen Beispiel gefolgt, und hätten sie den Nachtragsetat abgelehnt, so wäre der Rücktritt des Kanzlers in derselben Stunde unvermeidlich gewesen und dem Reiche ein folgenschwerer politischer Skandal erspart geblieben.

Höchst unangenehm ist auch das Nachspiel. Herr Dr. Michaelis scheint nämlich von der Notwendigkeit seines Rücktritts nicht überzeugt zu sein. Seine Presse will nur Herrn v. Capelle ausbooten, der sonst von allen, die ihn näher kennen, nicht nur als tüchtiger Marinefachmann, sondern auch als anständiger Charakter geschilbert wird. Mag Capelle gehen, aber Michaelis darf nicht bleiben. Volle Unklarheit besteht noch darüber, in welchem Kopfe der Plan für den gründlich daneben gegangenen Vorstoß entstanden ist. Es muß nicht einer der beiden Hauptbeteiligten sein, der das Pländchen ausgeheckt hat.

Die Krisenstimmung ist mit Beginn der Reichstagsferien nicht beseitigt. Auf die Dauer erträgt es niemand, daß jeder Tag eine neue Konfliktlawine lösen kann. Dem muß vorgebeugt werden. Mit dem mattherzigen: „Nehre zurück; es ist dir alles verziehen“, ist es nicht abgetan. Nur wenn eine Person mit der Kanzlerschaft betraut wird, von der die Mehrheit der Parteien vorher erklärt hat, daß sie ihr Vertrauen schenkt, können solche blamable Zwischenfälle vermieden werden. Parlamentarisierung der Regierung! Das ist nicht der Staatsweisheit und des Volkswohles letzter Schluß, aber es ist die Zwischenstation, die auch bei uns in die Praxis umzusetzen ist. Auch sie ist ein Teil des Geistes der neuen Zeit.

Zur Ueberführung des Baugewerbes in die Friedenswirtschaft

II.

Die Befriedigung des Wohnungsbedarfes wird sich in erster Reihe auf die Herstellung von Kleinwohnungen richten müssen. Der Bau von Kleinwohnungen war in Deutschland schon vor dem Kriege hinter dem mit der Bevölkerungszunahme steigenden Bedürfnis zurückgeblieben. Der Krieg hat dem Kleinwohnungsbau fast völlig Halt geboten — abgesehen von den Arbeiterkolonien, die im Gefolge einiger großer Kriegswirtschaftlicher Bauten errichtet wurden. Die infolgedessen schon vor dem Kriege beobachtete Wohnungsnot, die in manchen Städten schon zur offenkundigen Wohnungsnot geworden war, ist während der drei Kriegsjahre keineswegs beseitigt oder auch nur gemildert worden. Die durch die Einziehung des Familienverforgers herbeigeführte Auflösung vieler Haushalte ist ausgeglichen worden durch eine Einschränkung des Wohnungsbedarfes von Inhabern mittelgroßer Wohnungen, die sich zur Verringerung der Unterhaltskosten genötigt sahen, und aus diesem Grunde die größere Wohnung gegen eine kleinere tauschten. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß mit Rückkehr der Krieger eine sehr große Nachfrage nach Kleinwohnungen ent-

sehen wird. Könnte diese Nachfrage nicht alsbald gedeckt werden, so müßte das zu außerordentlich bedenklichen Zuständen führen.

Es erscheint uns darum als eine unabwiesbare Notwendigkeit, die Erstellung einer genügenden Zahl von Kleinwohnungen und Wohnheimen jetzt schon soweit wie irgend möglich vorzubereiten.

Der Kleinwohnungsbaubedarf nach unserer Ueberszeugung vor allem der Förderung durch den Staat und die Gemeinde. Das im Baugewerbe Gewinn suchende Kapital hatte sich — und hierin liegt in der Hauptsache die Quelle der vor dem Kriege beobachteten Wohnungsnot — schon lange von ihm abgewandt, weil er, im Verhältnis zu andern Zweigen des Bauwesens, nicht lohnend genug war. Ohne die Tätigkeit gemeinnütziger Bauvereinigungen und staatlicher und gemeindlicher Behörden ist weder die Wohnungsnot überhaupt zu beheben, noch die hier im besonderen gestellte Aufgabe zu lösen.

Zuerst sollte zumindest versucht werden, einen ungefähren Ueberblick über den vermutlichen Umfang der Nachfrage zu gewinnen. Das ist, wie wir anerkennen müssen, nicht leicht. Es rächt sich hier die Vernachlässigung der Statistik des Wohnungswesens, die wir schon manches Jahr vor dem Kriege öffentlich beklagt haben. Nach unserem Dafürhalten wären die Gemeinden aber doch in der Lage (etwa in Anlehnung an die Zahl der vorgenommenen Kriegstrauungen), einen ungefähren Ueberblick über die Zahl der mit Kriegsende neuentstehenden Haushalte zu gewinnen. Selbstverständlich kann die Zahl der Kriegstrauungen nicht ohne weiteres als Maßstab für das Bedürfnis nach neuen Wohnungen gelten. Viele der kriegsgetrauten Männer sind gefallen, andere haben gar nicht die Absicht, sich am Orte der Eheführung niederzulassen, wieder andere haben bereits eine Wohnung; — demgegenüber ist wieder mit Sicherheit zu erwarten, daß zahlreiche zurückkehrende Krieger alsbald nach ihrer Rückkehr sich verheiraten und einen Hausstand gründen werden. Immerhin sind hier Inhaltspunkte gegeben, von denen man ausgehen kann, um auf diese Weise zu einem ungefähren Ueberblick zu gelangen. Die Aufgabe wird eigentlich erst dadurch schwierig, daß man genötigt ist, die etwaigen Verschiebungen zwischen Stadt und Land zu berücksichtigen. Auch deren Art und Umfang werden die Gemeinden, nötigenfalls zusammen mit den staatlichen Verwaltungsbehörden, zu beurteilen in der Lage sein. Trotz aller Schwierigkeiten, die wir weder bestreiten noch unterschätzen, halten wir den Versuch einer solchen Feststellung für nötig und nicht für von vornherein aussichtslos.

Im weiteren kommt es darauf an, Baugelände für Kleinwohnungen bereitzustellen und erforderlichenfalls zur Besiedlung vorzubereiten. (Anlage von Straßen, Wasserleitung, Kanalisation usw.) Ebenso wird es Sorge der gemeindlichen und staatlichen Behörden sein müssen, soweit sie die Erstellung von Kleinwohnungen nicht überhaupt übernehmen, Baugelder und Hypotheken zu billigem Zins zu geben oder zu vermitteln.

Es wäre auch eingehend zu prüfen, ob sich für die Kleinwohnungen eine Vereinfachung der Bauvorschriften empfiehlt, um dadurch schneller und billiger zu bauen. Die Anforderungen, die heute an Kleinbauten bezüglich der Mauerstärke usw. gestellt werden, sind vielfach übertrieben; in Landgemeinden gelten meistens erheblich mildere Vorschriften als in den Städten, eine Ungleichheit, die durch nichts gerechtfertigt ist. Das gleiche gilt für die Breite der Straßenanlagen in reinen Wohnvierteln. Wir möchten auch anregen, auf eine gründliche Bauernormung und Baupflege für den Kleinwohnungsbaubau erhöhten Wert zu legen. Es handelt sich dabei um die Beratung der Bauenden in geschäftlichen, technischen und künstlerischen Fragen. Vielfach werden die Bauenden minderbemittelte Leute sein, denen die geschäftliche und technische Erfahrung im Bauwesen mangelt, und denen darum mit einer unbefangenen und sachkundigen Beratung sehr gebührt wäre. Diese Beratung sollte sich aber auch auf die Formgebung, auf das äußere Aussehen und die innere Einteilung erstrecken, um zu verhindern, daß in der Hast, in der vielfach gebaut werden muß, Baumwerke entstehen, die für den guten Geschmack unerträglich und für die künstlerische Kultur unseres Volkes ein schlechtes Zeugnis wären.

Im übrigen wäre es für die Erstellung der Kleinwohnungen sehr vorteilhaft, wenn die oben erwähnten Grundbesitzer auf Baukosten in weitestem Umfange dem Kleinwohnungsbaubedarf zugewandt würden.

III.

Da es selbstverständlich im öffentlichen Interesse liegt, die Pünktlichkeit in der Uebergangszeit vor allen Störungen durch Arbeitsstreitigkeiten zu bewahren, erwächst den Behörden die Pflicht, auch hier auf möglichste Sicherung Bedacht zu sein. Eine volle und genügende Sicherung läßt sich nur durch eine gute Lohnpolitik erreichen, die den Arbeitern ausreichende Löhne und Teilnahme an ihrer Festsetzung verbürgt und den Uebernehmern von Bauaufträgen die Innehaltung der vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen zur vertragsmäßigen Pflicht macht.

IV.

Zur Durchführung der hier vorgeschlagenen und anderer zweckdienlicher Maßnahmen sollte der Reichszentrale für Uebergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe angegliedert werden, in der Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Baustoffgewerbe und der öffentlichen Arbeitsnachweise zusammen mit den amtlichen Vertretern diese und weitere Fragen des Bauwesens der Uebergangszeit beraten könnten.

Im übrigen schließen sich die unterzeichneten Berufsverbände den Vorschlägen der Gewerkschaftszentralen vollinhaltlich an, die unter dem 30. Juni dem Bundesrat und dem Reichstag unterbreitet worden sind.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Das Reichsamt des Innern sieht sich zu seinem Bedauern zurzeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen. Nach der ablehnenden Antwort des Arbeitgeberbundes, die wir in unserer Nummer 39

an dieser Stelle mitteilten, haben sich die Vorstände der drei in Frage kommenden Gewerkschaften an das Reichsamt des Innern gewandt. Die Antwort liegt nun vor, wir lassen das Schreiben der Vorstände und die Antwort darauf hier folgen:

Hamburg-Berlin, 25. September 1917. Herrn Ministerialdirektor Erzellenz Dr. Casparl Berlin.

Reichsamt des Innern.

Bezugnehmend auf das Schreiben des Deutschen Bauarbeiterverbandes vom 6. dieses Monats teilen wir ergebenst mit, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe unsern Antrag um Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage abgelehnt hat. Dafür werden zwei Gründe angegeben: 1. Das Reich, die bauenden Behörden und sonstigen Auftraggeber würden die Rückerstattung neuer Teuerungszulagen ablehnen; 2. bei Bemessung der Teuerungszulage vom 26./27. April dieses Jahres sei schon auf die weitere Steigerung der Unterhaltskosten hinreichend Rücksicht genommen.

Wir können beide Gründe nicht gelten lassen. Ob das Reich erneut eine Garantie für die Rückerstattung der von uns zu fordernden Zulage übernehmen kann oder will, mag dahingestellt bleiben; es ist nicht unsere Sache, das zu betreiben. Daß aber die Auftraggeber (die Bauherren) den Bauunternehmern solche Preise zahlen müssen, daß den Arbeitern die Unterhaltskosten gewährt werden können, halten wir für selbstverständlich. Durchaus unrichtig ist die Behauptung des Arbeitgeberbundes, in der Teuerungszulage vom Frühjahr dieses Jahres sei schon ein Entgelt für weitere Preissteigerungen gegeben. Davon ist damals kein Wort geredet worden; und die im Protokoll anerkannte Forderung der Arbeitervertreter, daß sie bei weiter steigender Teuerung sich das Recht auf weitere Verhandlungen vorbehalten müßten, wäre ja sonst ganz unmotiviert gewesen. Wir würden von unserm formellen Recht, neue Verhandlungen zu verlangen, natürlich keinen Gebrauch machen, wenn nicht die materielle Notlage der von uns vertretenen Arbeiter und deren Forderungen uns geradezu zwingen, erneut Verhandlungen zu beantragen.

Da nun aber der Arbeitgeberbund es abgelehnt hat, in Verhandlungen mit uns einzutreten, wenden wir uns an Euer Erzellenz mit der Bitte, die Sache in die Hand nehmen zu wollen. Vielleicht ist der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe willfähriger, wenn er amtlich eingeladen wird. Einer geneigten Antwort entgegengehend, zeichnen

Hochachtungsvoll (folgen Unterschriften).

Reichsamt des Innern. Berlin W 8, 5. Oktober 1917. II 8050.

Auf das Schreiben vom 25. September 1917.

Der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Architekt Lehrens, hat mir in einer Unterredung, zu der er sich kürzlich — und zwar schon vor Eingang Ihres Schreibens — mit dem Generalsekretär Dr. Froehner hier eingefunden hatte, mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberbundes, die nach Eingang des Schreibens der Arbeiterverbände vom 6. September dieses Jahres stattgefunden habe, sei die Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage einstimmig abgelehnt worden. Er habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Verzug des Reichsamtes des Innern halte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes und der Stellungnahme seines geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos und würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern zurzeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen.

Den Zentralverbänden der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter bitte ich hierbon Kenntnis zu geben.

Dr. Caspar, Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimrat.

An den Verbandsvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hamburg.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes nimmt demnach eine Stellung zu der Notlage der Arbeiter ein, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Er hat, wie die in unsern Nummern 32 und 33 abgedruckten Rundschreiben und der aus der „Arbeitgeberzeitung“ in unserer Nr. 38 nachgedruckten Artikel darthun, nichts unterlassen, die Möglichkeit, auf Grund der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes die Notlage der Arbeiter zu steuern, zu hintertreiben. Seine Unterverbände lehnen Verhandlungen über Teuerungszulagen mit dem Hinweis ab, solche zu vereinbaren, sei eine Angelegenheit der Zentralorganisationen. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes lehnt aber Verhandlungen rundweg ab (siehe „Zimmerer“ Nr. 39). Nun speert er sich auch dagegen, vor dem Reichsamt des Innern zu verhandeln, ohne auf die große Notlage der Arbeiter und die überaus hohen Profite der Unternehmer Rücksicht zu nehmen. Die Vorstände der in Frage kommenden drei Gewerkschaften haben jedoch ihre Bemühungen, an zentraler Stelle zu Verhandlungen und zu einer Verständigung zu kommen, noch nicht aufgegeben.

Nach Ansicht der Kriegsamtsnebenstelle in Ludwigshafen a. Rh. ist eine angemessene Lohnerhöhung der Zimmerleute in Anbetracht der herrschenden Teuerung für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände notwendig. Unsere Kameraden in Ludwigshafen a. Rh. haben sich an die

dortigen Unternehmer um Lohnerhöhung gewandt. Sie bekamen darauf unterm 27. August 1917 ein Schreiben vom Allgemeinen Arbeitgeberverband Mannheim-Ludwigshafen, worin dieser mitteilte, er sei in Rücksicht auf die Lohnregulierung bis zum 31. März 1918 nicht in der Lage, auf die Forderungen einzugehen. Da mit diesem Arbeitgeberverband ein Tarifvertrag nicht besteht und unsere Kameraden mit der Vertretung ihrer Forderungen unsern Zentralvorstand beauftragt hatten, wandte sich dieser unterm 6. Oktober an die Kriegsamtsnebenstelle Ludwigshafen mit dem Ersuchen, veranlassen zu wollen, daß in Verhandlungen über eine Lohnerhöhung eingetreten wird. Hierauf ging der nachstehende Bescheid ein:

Kriegsamtsnebenstelle Ludwigshafen am Rhein, Kaiser-Wilhelm-Straße 12.

An den Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47.

Auf Ihr Schreiben vom 6. Oktober wird Ihnen folgendes erwidert:

Die hier in Ludwigshafen a. Rh. ansässigen Firmen:

Jakob Falk & Söhne, Gebr. Schneider und Georg Rutterer & Söhne

sind nach eigener Angabe Mitglieder der Bau- und Maurermeister-Vereinigung in Ludwigshafen a. Rh.

Diese Vereinigung ist ein Mitglied des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe mit dem Sitz in Frankfurt a. M.

Da dieser letztere Verband die Tarifverträge vom 31. März 1918 mit unterzeichnet hat, sind auch die obgenannten Ludwigshafener Firmen an den Tarif gebunden. Es steht ihnen also das Recht zu, ihre Arbeiter auf die zu erwartenden zentralen Verhandlungen zwecks Lohnerhöhung hinzuweisen.

Der erneute Versuch, die Firmen zu einer Lohnerhöhung zu bewegen, hatte keinen Erfolg. Es wird Ihnen deshalb geraten, sich direkt an das Reichsamt des Innern in Berlin zu wenden, damit dieses baldige Erledigung veranlaßt.

Nach Ansicht der Kriegsamtsnebenstelle ist eine angemessene Lohnerhöhung der Zimmerleute in Anbetracht der herrschenden Teuerung für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände notwendig. Auch die in Frage kommenden Firmen sind derselben Ansicht, halten sich jedoch in Anbetracht des bestehenden Tarifes nicht für berechtigt, eine eigenmächtige Lohnerhöhung vorzunehmen.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Frankfurt a. M., der durch die oben angeführten Firmen von den Forderungen der Zimmerleute verständigigt wurde, ist dringend ermahnt, die Angelegenheit zu beschleunigen. (Unterschrift.)

Forderungen in Brandenburg. Von der Zahlstelle Brandenburg ist der Zentralvorstand ersucht worden, dahin zu wirken, daß möglichst bald Verhandlungen über eine Lohnzulage angebahnt werden. Die Angelegenheit bedürfte der Beschleunigung, da die anhaltende Teuerung in letzter Zeit immer fühlbarer geworden, eine Lohnzulage deshalb dringend erforderlich sei.

Forderungen in Rastenburg. Die Zahlstelle Rastenburg gehört nicht zum ostpreussischen Winteraufbaugesbiet. Der Stundenlohn beträgt 85 s. Da es unsern Kameraden bei diesem Lohnsatz unmöglich ist, den infolge der Preissteigerung auf allen Gebieten verteuerten Lebensunterhalt zu bestreiten, ist dem Zentralvorstand von dort der Antrag zugegangen, er möge sofort Schritte unternehmen zur Erreichung einer weiteren Teuerungszulage.

Forderungen auf eine neue Teuerungszulage in Chemnitz. Unter unsern Kameraden in Chemnitz herrscht starke Unzufriedenheit über die zu der Teuerung in keinem Verhältnis stehende Entlohnung. Eine Anzahl Kameraden haben sich bereits bereit erklärt, Lohnerebner gesehen, lohnerebner Beschäftigung nach außerhalb anzunehmen, obwohl es in Chemnitz nicht an Arbeit mangelt. Den Wünschen unserer Kameraden sind jedoch die Unternehmer bislang nicht in geringsten entgegengekommen, wodurch sich die Unzufriedenheit naturgemäß immer mehr steigert. In einer Versammlung am 3. Oktober haben Bauarbeiter und Zimmerer gemeinsam zu der augenblicklichen Situation Stellung genommen und ihre Vorstände beauftragt, sofort bei dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Chemnitz um Verhandlungen nachzusuchen über schleunige Gewährung einer Teuerungszulage. Die Vorstände haben den Auftrag unterm 4. Oktober ausgeführt. In dem Schreiben an den Arbeitgeberverband wird die Forderung eingehend begründet. Es wird auch darin bemerkt, daß eine ähnliche Antwort, wie sie der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den Zentralstellen der Gewerkschaften erteilt habe, nicht aus den möglichen Verhältnissen in Chemnitz herausführe. Das Hoehen auf den Schein sei keine Antwort, die der Notlage der Bauarbeiter gerecht werde. Sinegewiesen wird auch auf die in Berlin gewährten Zulagen, die erheblich höher sind als die in Chemnitz. Eine Teuerungszulage von 30 s pro Stunde wird für notwendig erachtet. Es kann nur dringend gewünscht werden, daß der Chemnitzer Arbeitgeberverband sich zu einem ausreichenden Entgegenkommen an die Arbeiter entschließt. Dadurch wäre allen Konfliktmöglichkeiten vorgebeugt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Coblenz. Auf den Baustellen in Höningen bestehen Differenzen wegen mangelhafter Befestigung. Nachdem unsere Kameraden verschiedene Male vorstellig geworden waren, ohne daß dadurch Remede geschaffen worden wäre, führten diese Zustände am 4. Oktober zu einer Arbeitsunterbrechung. Der leitende Ingenieur versprach, für besseres Essen sorgen zu wollen und das Küchenpersonal zu entlassen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, da der Arbeiterverein verweigert wurde. Die Kameraden machen ihr Recht nun bei dem Wehrschleusenamt in Neuwied geltend. Sonst sind die Verhältnisse zwischen der Bau-

Leitung und den Arbeitern auf der Baustelle zufriedensstellend. Nur die mangelhafte Beschäftigung bildet den Stein des Anstoßes.

Delmenhorst. Am 6. Oktober fand eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Wegen der gegenwärtigen Preissteigerung der Lebensmittel und weiteren Bedarfsartikel hatten viele Kameraden sich an unsern Vorstand gewandt, um die Löhne zu verbessern. Kamerad Steffens, Bremen, der in der Versammlung anwesend war, wies auf den Vertrag im allgemeinen und im besonderen auf die Preissteigerung zahlenmäßig hin. In der Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß in Delmenhorst unter den gegenwärtigen Verhältnissen es nicht mehr möglich sei, mit dem Arbeitslohn auszukommen. Die Versammlung erklärte, daß der Zentralvorstand im vollen Einverständnis der Kameraden handelt, um eine weitere Lohnerhöhung zu erwirken. Notwendig sei es aber, daß recht bald Verhandlungen stattfinden, damit recht bald die Mitglieder zu ihrem Rechte kommen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, einen Winterbeitrag von 50 % pro Woche zu erheben.

Frankfurt a. M. Am 2. Oktober fand im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Ehlers zunächst berichtete, daß die bisher an die Zimmerer verteilten Zuschlagsmittel nach einer Verfügung vom Kriegsministerium am 10. Oktober in Wegfall kommen sollen. Redner schilderte in ausführlicher Weise die Art der bisherigen Verteilung durch den Arbeitgeberverband. Die Arbeiter selbst waren von der Mitwirkung vollständig ausgeschlossen. Nach einer regen Diskussion wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die am 2. Oktober stattfindende gut besuchte Mitgliederversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die vom hiesigen Lebensmittelamt bisher gewährte Brotzulage in Wegfall kommen soll. Die Versammelten halten es für unmöglich, die an sie gestellten Anforderungen ohne diese Zulagen weiter zu erfüllen; sie beauftragen den Vorstand, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden, um auf die Rückgängigmachung des Beschlusses hinzuwirken.“ Hierauf sprach Kamerad Ehlers über den Ablauf des Tarifvertrages am 31. März 1918. Redner gibt einen kurzen Überblick über den Entwicklungsgang des Reichstarifes und schildert besonders die während der Kriegszeit geflohenen Verhandlungen, die zu einer Kriegszulage von 25 % geführt hätten. Seit einiger Zeit macht sich nun eine große Unzufriedenheit unter der gesamten Bauarbeiterchaft bemerkbar. Eigentümlicherweise verlangt man nun von den Verbandsangestellten, daß diese eine Lohnerhöhung durchzuführen hätten. Der Schriftwechsel zwischen den Zentralvorständen ist im „Zimmerer“ veröffentlicht und zeigt uns, daß an ein Entgegenkommen von dieser Seite nicht zu denken ist. Wir erkennen gern an, daß die Löhne nicht mehr der Zeit entsprechend sind, um so mehr, wenn man tagtäglich sieht, daß ungelernete Hilfsarbeiter mit Anfangslöhnen gesucht werden, die unsern Tariflöhnen gleichkommen. In der jetzigen Situation wird nichts anderes übrig bleiben, als die Selbsthilfe, indem der einzelne versucht, sich besser bezahlte Arbeit zu beschaffen. Eine zum Teil sehr erregte Diskussion zeigte, daß das Maß zum Überlaufen voll ist. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen wollen, die Not uns zwingt, in der Munitionsindustrie Unterfunk zu suchen. Auch wurde den Verbandsvorständen zum Teil der Wille zum Handeln abgesprochen; man ist der Meinung, wenn energischer vorgegangen würde, daß der Arbeitgeberbund sich auch bereit erklären wird, Zugeständnisse zu machen. Kamerad Ehlers ging im Schlußwort nochmals auf die einzelnen Beschwerden und Wünsche ein und setzte auseinander, daß es in manchen Fällen besser angebracht wäre, die hier in der Versammlung gebrauchten scharfen Worte seinem Arbeitgeber gegenüber anzubringen. Ist eine Unzufriedenheit vorhanden, was nach den Ausführungen nicht zu bezweifeln ist, dann sollten die Arbeiterausschüsse doch an ihre Arbeitgeber herantreten und ihre Wünsche vorbringen. Werden sie sich nicht einig, dann bleibt noch der Schlichtungsausschuß vom Hilfsdienstgesetz als Vermittlungsstelle, die anrufen werden kann. Redner empfiehlt, diesen Weg einzuschlagen. Nach Regelung einiger unbedeutender Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Freiberg. Am 2. Oktober fand hier eine Zimmerer-versammlung statt, welche sich mit der jetzigen Lage im Zimmergewerbe und mit der Teuerung befaßte. Kamerad Köhler, Dresden, hielt ein kurzes Referat, woraus hervorging, daß infolge der rapide steigenden Teuerung der Hauptvorstand ein Schreiben an den Arbeitgeberbund eingereicht hat zwecks Verhandlung über eine dritte Teuerungszulage, daß aber leider der Arbeitgeberbund jedes Entgegenkommen brüskel abgelehnt hat. Hierauf ging aus der Versammlung folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Eingabe des Hauptvorstandes an den Arbeitgeberbund einverstanden und nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem ablehnenden Standpunkt des Arbeitgeberbundes, sie beauftragt den Hauptvorstand, mit aller Energie dahin zu wirken, daß in allerhöchster Zeit eine wesentliche dritte Teuerungszulage gewährt wird.“ Dann wurde bekanntgegeben, daß ein hier wohnhafter Kamerad, der in Rothringen arbeitet, anwesend sei zwecks Anwerbung von Bauhandwerkern bei einem Stundenlohn von M 1,40 bei freier Station. Der Kamerad zeigte seine letzte Lohnkarte und hat in vierzehn Tagen bei 148 Stunden Arbeit M 208 verdient; dagegen erscheint unser hiesiger Lohn als ein Taschengeld. Mehrere Kameraden haben Lust, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Friedrichshagen bei Berlin. Am 18. September tagte unsere Mitgliederversammlung, die von vierzehn Kameraden besucht war. Kamerad Witt aus Berlin hielt einen Vortrag über die heutige Lage in unserm Beruf, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kamerad Noje stellte den Antrag, unsern Wochenbeitrag von M 1,25 auf M 1,30 zu erhöhen, weil dieser Beitragssatz in Berlin schon lange besteht und weil wir unsern Lokalfonds stärken müßten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Mit der Verteilung der Prozente soll sich die nächste Versammlung beschäftigen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß ein Revisor zu wählen sei. Gewählt wurde Kamerad Bohne, der die Wahl annahm.

Nordenham. Am 10. Oktober fand eine Versammlung statt, die sich mit der im September gestellten Forderung auf Teuerungszulage an die Arbeitgeber beschäftigte. In Nordenham ist in der letzten Zeit die Teuerung so stark gestiegen, daß mit dem jetzt gezahlten Stundenlohn nicht mehr hauszuhalten ist. Aus diesem Grunde wurde an die Arbeitgeber herangetreten, um die Löhne zu erhöhen. Diese aber lehnten ab mit dem Hinweis auf das Abkommen vom 27. April 1917. Die Versammlung aber konnte sich mit der ablehnenden Haltung der Unternehmer nicht zufrieden geben und ersuchte den Zentralvorstand, sich mit den weiteren in Frage kommenden Instanzen in Verbindung zu setzen, damit recht bald eine genügende Zulage erfolge.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Im „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 11. Oktober werden in den örtlichen Arbeitsnachweisen folgende Orte Zimmerer gesucht: Ostpreußen: Gerdaun 6, Goldap 5, Gumbinnen 25, Königsberg 65, Marggrabowa 10, Osterode 10, Skaistgirren 1; Westpreußen: Danzig 3; Pomern: Stettin 66; Mecklenburg: Güstrow 5; Posen: Kolmar 19, Mejeritz 10, Posen 50, Samter 5; Schlesien: Cosel 12, Kattowitz 45, Oppeln 8, Pirschberg 5, Landeshut 5, Löwenberg 2; Brandenburg: Brandenburg 2, Senftenberg 5; Provinz Sachsen und Anhalt: Bernburg 8, Bitterfeld 50, Dessau 22, Erfurt 4, Halle 60, Magdeburg 10, Mühlhausen 2, Salzwedel 2, Neuhalbesleben 2, Schönebeck 1, Suhl 15, Torgau 10, Wittenberg 15; Königreich Sachsen: Bautzen 8, Chemnitz 4, Dresden 65, Freiberg 5, Leipzig 62, Pirna 16; Thüringen: Altenburg 25, Apolda 25, Eisenach 10, Gera 6, Gotha 16, Jena 60, Waltershausen 2; Hannover: Braunschweig 2, Hannover 17, Harburg 12, Hildesheim 2, Norden 2, Osnabrück 2; Oldenburg: Brake 3, Oldenburg 8, Nürtingen 19; Bremen: Bremen 9, Bremerhaven 40; Schleswig-Holstein: Flensburg 20, Itzehoe 5, Kiel 39, Lübeck 6, Neumünster 13, Segeberg 8, Tondern 5, Hamburg 12, Hefsen, Hessen-Nassau: Bingen 2, Frankfurt 4, Fulda 2, Hanau 10, Höchst 5, Mainz 10, Offenbach 2, Wiesbaden 2; Westfalen: Bielefeld 4, Bochum 23, Dortmund 26, Hagen 2, Hamm 16, Hohenlimburg 5, Iserlohn 15, Metlinghausen 5; Rheinland: Coblenz 50, Cöndom 10, Essen 15, Mülheim (Ruhr) 2, Saarbrücken 30; Bayern: Augsburg 2, München 30, Nürnberg 2; Württemberg: Aalen 4, Eßlingen 2, Friedrichshafen 12, Stuttgart 25, Ulm 12; Baden: Freiburg 8, Heidelberg 5, Karlsruhe 50, Konstanz 15, Mannheim 94, Oberkirch 1, Offenburg 3; Elsaß-Lothringen: Colmar 5, Metz 10.

In 105 Orten werden demnach 1633 Zimmerer gesucht.

Der baugewerbliche Arbeitsmarkt im August 1917

wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt beschrieben: Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Verbände schildern die Lage des Baumarktes im August nicht wesentlich anders als im Vormonat. Teils wird die Tätigkeit als gering, teils als befriedigend bezeichnet. Auch im Vergleich zum Vorjahre wird im allgemeinen keine Veränderung, teilweise allerdings eine Abschwächung festgestellt. Vereinzelt wird über Leistung von Ueberstunden berichtet.

Nach dem Berichte der Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“, Leipzig, macht sich, abgesehen von den durch unaufschiebbare Ausbesserungsarbeiten, Schadenfeuer und bergleichen herbeigeführten Bauarbeiten, fortgesetzt die Errichtung kriegswichtiger Bauten notwendig. Die Rohstoffknappheit für einzelne Teile der Kriegsindustrie bedingt die Herstellung von Ersatzstoffen und damit eine Reihe von Bauausführungen. In letzter Zeit geht im Osten die Errichtung zahlreicher derartiger Bauten vor sich. Da die Industrie der hauptsächlich in Frage kommenden Provinz infolge ihrer sehr guten Beschäftigung über bedeutende flüssige Mittel verfügt, sind die hohen Baustoffpreise und die ständig steigenden Arbeiterlöhne kein Hindernis zur Errichtung der als notwendig erkannten Neu- und Umbauten. Es werden auch die Kohlenwerke erweitert und ausgebaut. Ferner sind bedeutende neue Braunkohlenfelder entdeckt worden, so daß es wahrscheinlich ist, daß demnächst größere Bergwerks- und Förderanlagen zur Errichtung kommen. Bemerkenswert ist unter anderem, daß sich der Holzbau wieder mehr einführt, da Holz gegenwärtig den greifbarsten Baustoff darstellt. Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß, soweit anhängig, als Ersatz für Portlandement Zementfall zweckmäßig zu verarbeiten ist. Bezüglich der Errichtung von Kleinwohnungen und Kriegerwohnungen wurden im Berichtsmonat wieder viele Pläne aus dem ganzen Reiche bekannt, an deren Verwirklichung in den meisten Fällen erst nach Krieges-schluss herangetreten werden wird. Da voraussichtlich damit gerechnet werden muß, daß nach dem Kriege in einer ganzen Reihe von Städten und Industriorten Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen, eintreten wird, hat das Reichsamt des Innern bei den Bundesregierungen eine Prüfung der Frage angeregt, durch welche Hilfsmaßnahmen die Erbauung neuer Wohngebäude in der Ueberbauzeit gefördert werden kann. Wie aus Berichten von unterrichteter Seite hervorgeht, ist für die Zeit nach dem Kriege in vielen Orten mit Wohnungsnot zu rechnen, die sich vielerorts schon jetzt geltend macht. Einige industrielle kriegswichtige Großunternehmen sehen sich gezwungen, schon jetzt Kleinwohnungen zu errichten. Solche Fälle sind bekannt aus Westfalen, der Provinz Sachsen und Schlefien. — Im Berichtsmonat war die Bautätigkeit im Wiederaufbaubereich Ostpreußens im ländlichen Wiederaufbaubereich noch sehr reg. Die im Hinblick auf die nahe Ente angeführte Beschleunigung der Errichtung landwirtschaftlicher Nebbauten ließ sich nicht immer erreichen.

Laut Monatsbericht der „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin, herrschte im August fast allgemein große Ruhe auf dem Baumarkt. Es wurden nur die notwendigen Ausbesserungsarbeiten ausgeführt, und auch die öffentliche Bautätigkeit ist ziemlich schwach. Wie bisher wird nur für Kriegszwecke gebaut, und diese Bauten werden möglichst gefördert.

147 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. des Monats 37 289 männliche und 5718 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Berichtsmonats ist eine Abnahme um 0,10 vom Hundert bei den männlichen und um 2,80 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 66 Innungs-Krankenkassen der Bauberufe mit 16 902 männlichen und 1267 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. des Monats war dem Anfang des Berichtsmonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,43 vom Hundert und die weibliche um 3,95 vom Hundert höher.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Gewerkschafter im Großen Hauptquartier. Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird mitgeteilt:

In den letzten Wochen wurden von mehreren Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichstanzler, zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10./11. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist.

Da seitens der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf Deutschlands zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so hielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.

Nachdem Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Angelegenheit im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. dieses Monats die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, gleichfalls die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen.

Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalfeldmarschall Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen und ist auf die Rückwirkung, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte General Ludendorff, daß dies durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkenne die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungestört fortgesetzt wird. Auf der andern Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe, und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen.

Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitslosigkeit den Widerstand und das unfolgsame Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1916.

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weiteren Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Ersatz, der für die zum Heeresdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht gleich für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da ab jetzt eine Zunahme der männlichen Mitglieder, und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein. Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 744 902 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 925 797 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8694 vermehrten, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das vierte Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandsziffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahre am Schluß des ersten Quartals 996 062 und am Schluß des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlusszahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahres 1917 um 82 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Rückgang an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schluß des Jahres 1915 mit 169 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 008, und am Schluß des zweiten Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256 196 weibliche Mitglieder, 42 179 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften übersteigt die Erwartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühseliger Arbeit ohne Entschädigung aufrechterhielten. Diesem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zuzuschreiben, die von 1914 bis Jahres-schluss 1916 von 11 107 auf 9868 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1289, um reichlich die Hälfte, zurück; 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Heeresdienst eingezogen. Beim Entzug so vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeits-

last der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten, den Arbeiten bei der Regelung der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Hilfsdienstgesetz bedingten hinzugezogen. Die Lösung des Konfliktes zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungsweges oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erklärlich, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betragen: 1913: M 82 005 580, 1914: M 70 871 954, 1915: M 41 503 227, 1916: M 34 027 248. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1914 betragen sie noch M 79 547 272, sie waren noch um 4 Millionen Mark höher als 1913, da mit Kriegsausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstützungen zu tragen hatten. Wurden doch in diesem Jahre allein an Arbeitslosenunterstützung M 23 718 902 verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von M 34 933 864, und im Jahre 1916 betrug sie nur M 30 074 048. Bedeutend zurück ging die Arbeitslosenunterstützung, und zwar von M 3 485 423 im Vorjahr auf M 1 449 133 im Berichtsjahre. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von M 2 425 033 auf M 3 664 592. Für Lohnbewegungen, Streiks und Auspöhrungen wurden M 175 529, für Unterstützungen in Notfällen M 303 066, für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern M 5 992 064 (1915: M 8 074 085), für Beihilfe bei Sterbefällen M 1 266 799 verausgabt. Obgleich die Verbände 1916 unter noch größeren Einschränkungen als im Vorjahr erschienen, stieg die Ausgabe dafür von M 1 225 165 auf M 1 246 201, was den erhöhten Druck- und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Der Rassenbestand der Verbände betrug am Schlusse 1916 M 67 829 137; darunter fehlt jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Gleich den Zentralverbänden haben auch die Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren Mitgliederverlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 068 im Jahre 1915 auf 57 766 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamteinnahme betrug M 1 753 387, M 146 483 weniger als 1915, und die Gesamtausgabe belief sich auf M 1 672 232; sie ist um M 186 436 höher als im Vorjahre.

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften berichtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahreschlusse wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 525 Mitgliedern auf 178 907 Mitglieder zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflusst durch den im Jahre 1916 erfolgten Zutritt von zwei weiteren Organisationen, den Verband der Angestellten mit 357 und den Bayerischen Postverband mit 10 874 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der Christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf M 3 231 432 gegen M 3 317 847 im Vorjahre. Die Ausgaben verringerten sich von M 3 505 807 1915 auf M 2 901 243 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerkschaften und Christliche Gewerkschaften, hatten 1916 insgesamt 1 187 953 Mitglieder gegen 1 383 582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust beträgt 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf M 39 012 067, die Ausgaben auf M 34 647 623. Der Rassenbestand betrug M 76 652 183. Hierbei fehlt, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

In der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralverbände den beiden andern Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größeren Einnahme- und Ausgabe-summen aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Ausgaben für Unterstützung entfällt. Es verausgabten für alle Unterstützungs-zweige einschließlich der Ausgaben für Rechtsschutz die Zentralverbände M 13 457 310, oder pro Mitglied M 14,08, die Gewerkschaften M 88 950, oder pro Mitglied M 1,54, die Christlichen Gewerkschaften M 1 049 716, oder pro Mitglied M 6,02.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahre die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einschlugen. Sie läßt sich in die alte Formel fassen: „Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse“. Allerdings, Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zwecks sind andere als in Friedenszeiten. Ohne Ubertreibung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Laufe des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihr Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte verringert sind als im Jahre vor dem Kriege, ist eine so selbstverständliche Erscheinung, die nicht erst erklärt zu werden braucht. Die Prüfung der Ergebnisse der Statistik zeigt, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsdauer ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen wie zu Kriegsbeginn.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft vom 1. Band des 36. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 34. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 15 A. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 1 des 28. Jahrganges zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A, unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement M. 2,60.

Veranstaltungsanzeiger.

Freitag, den 26. Oktober: Sena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.



Aus der Champagne.

III.

Die Champagne ist und war nur schwach bevölkert. Augenfällig tritt das in die Erscheinung, wenn man eine längere Tour durch das Gebiet macht und dabei Ausschau hält nach menschlichen Ansiedlungen. Die Dörfer sind nur dünn gesät und haben nur geringe Größe. Dann und wann erblickt man einen größeren Gutshof, Ferm genannt; er verstärkt nur den Eindruck der Einsamkeit. Die Gutshöfe haben einen großen Teil, wenn nicht den größten Teil des Grund und Bodens im Besitz, während die Bauern meistens nur kleine Anwesen ihr eigen nennen. Die Scholle der Bauern kann sie nur notdürftig ernähren, während die Gutshöfe in der Lage sind, im Winter längere Zeit Paris unsicher zu machen. Neben den bekannten Ursachen, die in Frankreich eine Stagnierung der Volkszahl bewirken, wird für die Champagne diese Grundverteilung mit dazu beitragen, eine Zunahme der Bevölkerung zu verhindern. Das Kapitel „Landflucht und ihre Ursachen“ steht auch hier auf der Tagesordnung. Die Dörfer — auch die, die durch den Krieg nicht gelitten haben — machen durchweg einen recht armen Eindruck, trotzdem sie gar nicht so alt sind. Dank des schlechten Materials werden die Häuser schon früh von Altersschwäche befallen; 100 bis 200 Jahre, älter können sie kaum werden. Ihr Eindruck entspricht den Ansprüchen, die der Dörfner an das Leben stellt und auch wohl niemals nur stellen konnte. Seine Tätigkeit gab ihm nie viel Ueberfluß über das Existenzminimum; daher fand er auch keine Neigung für Bestrebungen, die nicht unmittelbar mit der Befriedigung der nächsten Lebensbedürfnisse zusammenhängen. Das Schönheitsgefühl war nur wenig entwickelt. Künstliche Gedanken und Versuche sind bei den älteren Häusern kaum zu finden. Nur der unmittelbare Gebrauchszweck der Wohnung, der Schutz gegen Bitterung und Temperatur, war beim Bauen entscheidend und maßgebend. Es ist der Geist des Mittelalters, der sich in der Champagne länger als anderwärts in den Köpfen der Menschen erhalten hat. Die tiefe soziale Stellung, die Bürger und Bauer im Mittelalter einnahmen und die durch ihre Wohnungsverhältnisse augenfällig charakterisiert wurde, drückte auch hier dem Wohnungsbau den Stempel auf. „Sage mir, wie du wohnst, und ich sage dir, was du bist.“ Der Satz hat stets seine Berechtigung gehabt, und er kann auch wohl auf die früheren Verhältnisse dieser Gegend angewendet werden. Die Stodwerke sind sehr niedrig, und Fenster sind möglichst wenig angebracht. Die Zimmer sind klein und schmucklos. Die Außenwände sind glatt und faßl, ohne jede Ausgestaltung. Giebel nach der Straßenseite sieht man selten; meistens sind sie aneinander gebaut, so daß die Straßenseite fast wie eine einzige faßle Mauer erscheint. Inermüßlich nagt die Witterung ständig an dem Mauerwerk und zermürbt bald das schlechte Material, wenn nicht ständig die schadhafte Stellen repariert werden. Die Spuren dieses Kampfes zwischen Material und Witterung sind an den meisten Häusern zu beobachten und vervollständigen das schäbige Aussehen.

Jedes Dörfchen hat natürlich auch ein Gotteshaus; meistens recht klein und bescheiden, aber immerhin groß genug für das vorhandene Bedürfnis. Durchweg sind es primitive Kapellen in gotischem Stile, ohne jeden Luxus. Das Material ist der Kunstfreibestein, und bei der Qualität dieses Steines waren die Erbauer gezwungen, die reiche Gliederung der Gotik möglichst einzuschränken, weil das Material, allzu sehr zergliedert, in wenigen Jahren verrottet und verdorben ist. Hat man für die Lage der Dörfer Talniederungen gewählt, so liegt die Kirche innerhalb des Dorfes möglichst hoch, meistens auf einem Hügel. Um sie gruppiert sich in malerischer Anordnung der kleine Friedhof mit den unvermeidlichen eisernen Grabkreuzen und Kränzen. Der Kirchturm ist aus der Rolle gefallen. Die kühn himmelwärts strebende Gotik ist ihm zu hoffärtig. Niedrig und gedrückt wächst er aus dem Hauptdach hervor und gibt sich redlich Mühe, mehr den Farben und Formen des Daches als dem Aufwärtsstrebenden Pfeilermauerwerk zu ähneln. Von gotischen Gedanken ist bei ihm nichts mehr zu finden. Vielleicht ist den armen Dörfkern eine derartige stilistische Konsequenz zu kostspielig erschienen.

Das Kircheninnere entspricht dem Außeren. Born ist ein kleiner Altar; die niedrigen Seitenschiffe — falls solche vorhanden — sind gewölbt; die Decke des Hauptschiffes liegt einige Meter höher und hat vielfach eine einfache Holzschalung. Mitunter fallen auch die Seitenschiffe ganz weg, und Vorder- und Hauptschiff werden markiert durch einen mächtigen Gurtbogen, der sich quer durch das Gebäude legt.

Das wäre im großen ganzen der Charakter des alten Dorfes. Dieser Typ ist allen Dörfkern, die ich kennen zu lernen Gelegenheit hatte — und es sind ihrer nicht wenige — gemeinschaftlich. Gewiß finden wir Neuanlagen, neue Häuser und Gehöfte. Sie sind aber nicht zahlreich und nicht imstande, den alten hüttenartigen Charakter der Dörfer wesentlich zu beeinflussen und zu verwischen. Soweit ich Neuanlagen zu Gesicht bekommen habe, machen sie durchgängig einen sympathischen Eindruck. Einfachheit in der Formgebung ist überall streng durchgeführt; aber dafür hat man allgemein auf eine lebhaftige Farbenwirkung Bedacht genommen. Mitunter ist der ganze Bau in buntem Ziegelrohbau aufgeführt; meistens aber sind nur Türen und Fenster in vielstehenden Backsteinen eingefast und die glatten Flächen in Holz oder Kalkstein ausgebildet. Das Dach ist ziemlich steil, mit Schiefer gedeckt, und ruht auf einem leichten Backsteingestirn. Das Grün eines kleinen Vorgärtchens verstärkt den freundlichen Eindruck des Ganzen; es ist eine stumme, aber deswegen nicht weniger deutliche Demonstration gegen das abstoßende Neuzere der alten Dorfschütten.



Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 3. September bis 4. Oktober 1917 erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen: Aumühle M 12, Bamberg 36,10, Beed 50, Berlin II 400, Berlin VII 500, Brandenburg 100, Brühl 30, Bunzlau 150, Cammin 30, Cöln 200, Deuben 80, Eilenburg 21,84, Eisenberg 18,66, Franzenhau 180, Gelsenkirchen 60, Genshmar 40, Göttingen 100, Gr.-Harthau 100, Gr.-Lichterfelde 100, Gr.-Neuendorf 100, Gr.-Ottensleben 80, Gr.-Zimmern 50, Hagenow 45,06, Hamburg II 200, Hamburg III 200, Hamburg IV 200, Hamburg V 70, Heilbronn 100, Hohenheim 35, Jüterbog 18, Kaiserlautern 60, Kaiß 62,40, Kiel-Gaarden 117,45, Kolzig 101,15, Kroschingen 50, Riegnitz 66,45, Sieperten 26,70, Magdeburg 250, Martrankfurt 10,78, Naumburg 54,81, Neuruppin 100, Nienburg a. d. S. 40, Ober-Schönebeck 100, Reinickendorf 70, Roda 27,16, Rostock 120, Ruhort 100, Roschwitz 27, Schöneberg 420, Semd 40, Steegen 50, Steglitz 200, Steinbeck 130, Stettin 250, Stuttgart 150, Thörn 50, Unter-Fürthheim 70, Warin 60, Webel 46,43, Wehrden 60, Weizensee 100, Würzburg 100. Summa M 6416,99.

Zuschuß erhielten vom 3. September bis 4. Oktober: Altenburg M 300, Altenvers 15, Altona 100, Bauken 30, Berlin III 400, Braunschweig 100, Wulach 120, Elbing 200, Fürstentum 150, Gera 75, Gr.-Zschschwitz I 100, Hamburg I 293, Hameln 100, Harburg 100, Hinter-Gersdorf 85, Lohr 40, Lüneburg 80, Maßsdorf 100, Müllisch 58,06, München 200, Nowawes 100, Posen 200, Radeburg 40, Rimpar 70, Scharnbeck 150, Schmölln 15, Strauszberg 80, Teßlin 100, Verden 200, Webel 230. Summa M 8781,06.

Achtung, Kassierer!

Die Kassierer werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder die Beiträge regelmäßig entrichten, damit wir nicht fortwährend die großen Summen von Beitragsrückständen zu verzeichnen haben. Ueberflüssiges Geld ist sofort der Hauptkasse auf Zahlkarte zu überweisen. Der Vorstand.

Abrechnung

Agitations- und Unterstützungs-Fonds

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(Ersatzkasse in Hamburg)

vom 1. Juli bis 30. September 1917.

Einnahme.

Rassenbestand am 1. Juli 1917 M 2203,77%. Altenburg M 3, Altheners 0,70, Arnstadt 0,30, Augsburg 2, Beed 0,50, Berlin 9, Bochum 3, Böttingen 0,70, Bremen 0,30, Bremerhaven 0,30, Bunzlau 4,20, Cammer 0,50, Cassel 3, Celle 2,20, Charlottenburg 0,60, Chemnitz 0,30, Cöpenick 2,50, Danzig 0,70, Deuben 0,60, Deutsch-Lissa 0,20, Dödenhuden 0,60, Dresden II 1,60, Eisenberg 0,20, Elbing 0,70, Erfurt 1,40, Flensburg 1,60, Freiburg 1,30, Freschan 0,60, Fürth 1, Gelsenkirchen 0,20, Görlitz 2,20, Groß-Flotbef 0,30, Groß-Harthau 0,20, Groß-Zschschwitz I 0,20, Groß-Zschschwitz II 0,40, Güstrow 0,80, Hagenow 0,40, Hameln 0,20, Hamburg II 3,20, Hamburg III 3,50, Hamburg IV 0,70, Hameln 0,20, Heilbronn 1,80, Hildesheim 0,30, Kirchberg 2, Karlsruhe 1, Kellinghufen 0,60, Kiel 0,50, Königsberg 0,90, Langendiebach 1, Lauenburg 0,80, Lehnin 0,50, Leipzig 3,90, Loschwitz 0,10, Ludenwalde 0,50, Ludwigschafen 1, Malchin 0,90, Mannheim 1,50, Mariendorf 0,50, Meißen 1,10, Memel 0,90, Mühlhausen 1,20, Neukölln 3,30, Nordhamm 1,50, Nossen 1,40, Oshlau 0,80, Pinneberg 0,20, Pirmasens 0,70, Pirna 0,10, Pöhlen 0,20, Regenwalde 0,40, Reichensachsen 1, Rostock 0,80, Ruhort 0,30, Schöneberg 1,60, Schwebt 0,45, Schönerin 2,40, Semd 1, Staßfurt 0,30, Steglitz 1,80, Stollberg 1,10, Stuttgart 2,55, Sulingen 0,50, Vellten 0,45, Verden 0,20, Webel 1,40, Wehrden 1,40, Weinböhla 0,20, Weizensee 0,10, Willsdorff 0,40, Wittenburg 0,60, Zittau 0,60. Ohne Abrechnung eingegangen: Crefeld 0,60, Einzelzahler 10, Hamburg I 0,70, München 9,50, Zinsen 42,65. Summa M 2372,57%.

Ausgabe.

Druckkosten für Marken M 8, Frau Müller-Burg 25, Frau Hermann-Danzig 10, Frau Jawadski-Danzig 5, Ziemann-Nowawes 20, Zippfren-Mathenow 20, Porto laut Buch 2,83%. Rassenbestand am 1. Oktober 1917 M 2281,74. Summa 2372,57%.

Revidiert und richtig befunden durch A. Groth.

Anzeigen.

Advertisement for Friedrich Linder, a member of the Karlsruhe branch of the Central Sick and Death Fund of the Carpenters. Text: [M. 3] Nachruf. Am 10. Oktober starb infolge eines Unfalles unser treues Mitglied Friedrich Linder. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(Verwaltung München).

[M. 1,10] Einladung

zu der am 28. Oktober im Restaurant Müllerbad, Hans-Sachs-Straße 8, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Quartalsversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen. Die Ortsverwaltung München.